



RECHTSANWALTSKAMMER KÖLN

Abschlussprüfung für Rechtsanwaltsfachangestellte Sommer 2025

Name:	«NameAzubi»
Vorname:	«VornameAzubi»
Kenn-Nr.:	«Kennnummer»
Ort:	«Berufsschule_TS_L»
Datum:	09.05.2025
Prüfungsfach:	Wirtschafts- und Sozialkunde
Bearbeitungszeit:	60 Minuten
Zugelassene Hilfsmittel:	<ul style="list-style-type: none">- Gesetzessammlung „Habersack“,- Aktuelle Gesetzestexte ohne Erläuterung und Kommentierungen,- Taschenrechner,- Gebührentabellen ohne Ausweis von Auslagenpauschalen und Umsatzsteuer,- Kalender

Erster Prüfer	Zweiter Prüfer
Punkte	Punkte
Datum	Datum
Name, Unterschrift	Name, Unterschrift

Aufgabe 1**8 P**

Geben Sie an, ob es sich um eine Pflicht bzw. Verpflichtung

1 des/der Auszubildenden laut Berufsbildungsgesetz handelt,

2 des/der Ausbildenden laut Berufsbildungsgesetz handelt,

3 handelt, die nicht im Berufsbildungsgesetz geregelt ist.

Tragen Sie die entsprechende Ziffer in die jeweiligen Kästchen ein.

Verpflichtungen:	
Freistellung zur Berufsschule	
Besuch der Berufsschule	
Zeugnisausstellung	
Beachtung der Kanzleiordnung	
Charakterliche Förderung	
Zahlung einer Ausbildungsvergütung	
Vorlage eines ärztlichen Attestes ab dem ersten Tag der Arbeitsunfähigkeit	
Kostenlose Zurverfügungstellung von Fachliteratur in der Kanzlei	

Aufgabe 2**7 P**

Kreuzen Sie entsprechend an, welche Regelungen im Berufsbildungsgesetz (BBiG) enthalten sind und welche Regelungen nicht enthalten sind.

Regelungen:	Im BBiG enthalten	Im BBiG <u>nicht</u> enthalten
Lernorte der Berufsausbildung		
Zeitliche Gliederung der Ausbildung		
Erweiterung der beruflichen Kenntnisse		
Eignung von Ausbildungsstätten		
Umschulung in einen anderen Beruf		
Prüfungsordnung		
Ausbildungsrahmenplan		

Aufgabe 3**5 P**

Nennen Sie die Sozialversicherungsträger der jeweiligen Sozialversicherungszweige.

Sozialversicherungszweige:	Sozialversicherungsträger:
Krankenversicherung	
Pflegeversicherung	
Arbeitslosenversicherung	
Rentenversicherung	
Unfallversicherung	

Aufgabe 4**6 P**

Geben Sie durch Eintragen der jeweiligen Ziffer an, welche gesetzlichen Sozialversicherungszweige die aufgeführten Leistungen erbringen oder ob die Leistungen von keinem gesetzlichen Sozialversicherungszweig erbracht werden.

1. Gesetzliche Unfallversicherung
2. Gesetzliche Arbeitslosenversicherung
3. Gesetzliche Rentenversicherung
4. Gesetzliche Krankenversicherung
5. Gesetzliche Pflegeversicherung
6. Keine Zuständigkeit eines gesetzlichen Sozialversicherungszweigs

Leistungen:	
Altersbedingte Untersuchungen zur Früherkennung von Krankheiten	
Rehabilitationsmaßnahmen zur Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit nach einem Wegeunfall zur Arbeitsstätte bzw. Tätigkeitsstätte	
Zahlung von Kurzarbeitergeld	
Entgelt bei vierwöchiger Arbeitsunfähigkeit	
Absicherung bezüglich einer krankheitsbedingten verminderten Erwerbsfähigkeit	
Zahlung von Pflegegeld an die pflegebedürftige Person	

Aufgabe 5**4 P**

Bei Rechtsanwältin Dr. Gabriele Nettekoven werden die Zahlungsvorgänge über die aufgeführten Zahlungswege abgewickelt:

- 1** Barzahlung
- 2** Dauerauftrag
- 3** Kreditkarte
- 4** SEPA-Lastschriftverfahren

Tragen Sie die entsprechende Ziffer in die jeweiligen Kästchen ein.

Zahlungsvorgänge:	
Begleichung der Zahllast aufgrund der Umsatzsteuervoranmeldung zum Fälligkeitszeitpunkt. Ein eventueller Säumniszuschlag soll diesbezüglich in jedem Fall ausgeschlossen sein.	
Zahlung der gleichbleibenden monatlichen Rate für angemietete Büroräume.	
Im Kiosk (verfügt über kein Kartenlesegerät) nebenan wurde durch eine beauftragte Mitarbeiterin eine Packung Kaffee für die Küche erworben.	
Bezahlung einer Hotelrechnung bei der Abreise am letzten Tag des Monats. Die Abbuchung soll frühestens einen halben Monat später erfolgen.	

Aufgabe 6**4 P**

Nennen Sie jeweils die Vertragspartner zu den im Folgenden aufgeführten Rechtsgebieten:

- a) Arbeitsrecht
- b) Tarifvertragsrecht

Lösungen:

a)

b)

Aufgabe 7**6 P**

Die selbständige Rechtsanwältin Antonia Merz betreibt in Köln eine Einzelkanzlei und möchte einigen Angestellten Kündigungen aussprechen.

Kreuzen Sie entsprechend an, welche Aussagen dazu richtig oder falsch sind.

Aussagen:	richtig	falsch
Eine Kündigung ist ein einseitiges Rechtsgeschäft.		
Eine Kündigung ist in allen Fällen empfangsbedürftig.		
Das Kündigungsrecht steht nur Rechtsanwältin Antonia Merz als Arbeitgeberin zu.		
Eine Kündigung muss in allen Fällen schriftlich erfolgen.		
Außerordentliche Kündigungen dürfen von der Rechtsanwältin gegenüber Mitarbeiterinnen im Angestelltenverhältnis nicht vorgenommen werden.		
Rechtsanwältin Antonia Merz muss vor einer Kündigung immer eine Abmahnung erteilen.		

Aufgabe 8**6 P**

Geben Sie durch Ankreuzen an, welche Aussagen zur Kündigung eines Arbeitsverhältnisses richtig oder falsch sind.

Aussagen:	richtig	falsch
Während einer vereinbarten Probezeit von 6 Monaten kann das Arbeitsverhältnis mit einer Frist von zwei Wochen gekündigt werden.		
Bei einem Arbeitsverhältnis von weniger als zwei Jahren sieht die gesetzliche Kündigung vor, dass das Arbeitsverhältnis mit einer Frist von sechs Wochen zum Fünfzehnten oder zum Ende eines Kalendermonats gekündigt werden kann.		
Bei einer fristlosen Kündigung wird das Arbeitsverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zum Fünfzehnten oder zum Ende eines Kalendermonats gekündigt.		
Einer verhaltensbedingten ordentlichen Kündigung muss in der Regel eine Abmahnung vorausgehen, in der das Fehlverhalten des Arbeitnehmers beschrieben und für den Wiederholungsfall eine Kündigung angedroht wird.		
Bei befristeten Arbeitsverträgen ist eine Kündigung zum Ende des Vertrages nicht notwendig.		
Bei befristeten Arbeitsverträgen kann keine Kündigung erfolgen.		

Aufgabe 9**7 P**

Kreuzen Sie entsprechend an, welche Angaben bei der Lohnsteuerbescheinigung, die der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer nach Ablauf des Jahres aushändigt, vorhanden sind oder nicht vorhanden sind.

Angaben:	Angaben vorhanden	Angaben <u>nicht</u> vorhanden
Bruttoarbeitslohn		
Werbungskosten		
Entfernung zwischen Wohnsitz und Tätigkeitsstätte		
Steuer-Identifikationsnummer		
Anzahl der Krankheitstage		
Lohnsteuerklasse		
Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung		

Aufgabe 10**7 P**

Geben Sie an, welche Informationen bezüglich der Kölner Produktions-GmbH dem Handelsregisterblatt entnommen werden können oder nicht.

Kreuzen Sie entsprechend an.

Informationen	Information kann entnommen werden	Information kann <u>nicht</u> entnommen werden
Die Höhe des Stammkapitals		
Die Anzahl der Beschäftigten		
Der Gegenstand des Unternehmens		
Die Höhe des Umsatzes		
Die Geschäftsführerin Isabel Bonetti		
Die Erteilung der Prokura an Kai Schmitz		
Die Erteilung der Handlungsvollmacht an Pia Hansen		

Aufgabe 11**6 P**

Der Kaufmann Kilian Kirsch e. K. hat die Mitarbeiterin Jennifer Kirschbaum ermächtigt, alle Geschäfte und Rechtshandlungen vorzunehmen, die der Betrieb **gewöhnlich** mit sich bringt. Darüber hinausgehende Befugnisse oder Beschränkungen wurden nicht erteilt.

- a) Nennen Sie die konkrete Bezeichnung dieser Ermächtigung und geben Sie die gesetzliche Grundlage an.
- b) Ist dabei eine Formvorschrift und ggfs. welche zu beachten?
- c) Hat eine Eintragung im Handelsregister zu erfolgen?

Lösungen:

a)

b)

c)

Aufgabe 12**4 P**

Der Kaufmann Kilian Kirsch e. K. hat in seinem Betrieb die alten Computer durch neue Notebooks ersetzt.

- Geben Sie an, ob es sich bei den alten Computern und den neuen Notebooks um Komplementärgüter oder um Substitutionsgüter handelt.
- Begründen Sie Ihre Ansicht.

Lösungen:

a)

b)

Aufgabe 13**10 P**

Kreuzen Sie entsprechend an, ob die folgenden Aussagen richtig oder falsch sind.

	Aussage	richtig	falsch
1	Bei einem Istkaufmann beginnt die Kaufmannseigenschaft stets mit der Eintragung in das Handelsregister.		
2	Jeder selbständige Kleingewerbetreibende kann sich in das Handelsregister eintragen lassen.		
3	Bei einem Kleingewerbetreibenden beginnt die Kaufmannseigenschaft stets mit der Aufnahme der Geschäfte.		
4	Einem Unternehmer, der zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet ist, diese Pflicht jedoch missachtet, kann ein Zwangsgeld auferlegt werden.		
5	Aus der Handelsregistereintragung eines Unternehmens geht die Rechtsform des Unternehmens eindeutig hervor.		

Aufgabe 14**20 P**

Kreuzen Sie entsprechend bei den aufgeführten Gesellschaften **OHG** und **GmbH** jeweils an, welche der aufgeführten Aussagen zutreffen oder nicht zutreffen.

	OHG		GmbH	
	trifft zu	trifft <u>nicht</u> zu	trifft zu	trifft <u>nicht</u> zu
Aussagen:				
Die Gesellschafter haften für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft auch mit ihrem Privatvermögen.				
Bei der Gründung müssen mindestens zwei Personen vorhanden sein.				
Ein gesetzlich erforderliches Mindestkapital ist erforderlich.				
Eine fehlende Haftungsbeschränkung erhöht die Kreditwürdigkeit.				
Die Gesellschaft unterliegt der Körperschaftsteuer.				
Die Gesellschaft ist im Handelsregister einzutragen.				
Die Gesellschaft entsteht immer erst mit der Eintragung in das Handelsregister.				
Der Gesellschaftsvertrag bedarf der notariellen Beurkundung.				
Die Eintragung der Gesellschaft erfolgt in die Abteilung A des zuständigen Handelsregisters.				
Nach gesetzlicher Vorschrift dürfen die Gesellschafter in unbeschränkter Höhe Entnahmen für private Zwecke vornehmen.				